



Bundeskriminalamt

MENSCHENHANDEL

Bundeslagebild 2011



1. VORBEMERKUNG

Das Bundeslagebild „Menschenhandel“ enthält in gestraffter Form die aktuellen Erkenntnisse zu Lage und Entwicklung im Bereich des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung sowie des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Aussagen basieren auf den Meldungen der Landeskriminalämter zu den im Jahr 2011 abgeschlossenen polizeilichen Ermittlungsverfahren gem. §§ 232, 233, 233a StGB.

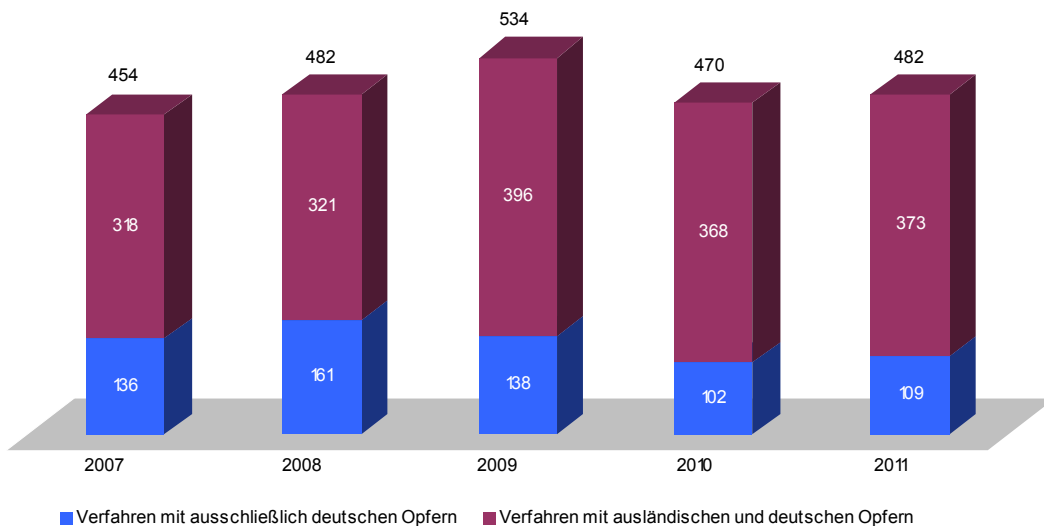
2. DARSTELLUNG UND BEWERTUNG DER KRIMINALITÄTSLAGE

2.1 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung

2.1.1 Ermittlungsverfahren

Im Jahr 2011 wurden 482 Ermittlungsverfahren im Bereich des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung abgeschlossen, knapp 3 % mehr als im Vorjahr.

Abgeschlossene Ermittlungsverfahren 2007 – 2011



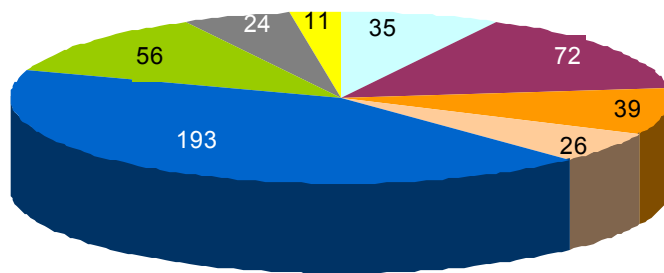
Im Zusammenhang mit den Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung wurden folgende Begleit- und Logistikstraftaten polizeilich ermittelt:

- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (173 Ermittlungsverfahren)
- Gewaltdelikte (115)

Verfahrenseinleitung führten. In 24 Fällen (5 %) stammten die Erstinformationen aus dem Milieu, in 12 Fällen (2 %) von Fachberatungsstellen.²

Hinsichtlich der **Art der Kontaktinitiierung zwischen Polizei und Opfer** ist festzustellen, dass in 242 Fällen (50 %) der Kontakt aus polizeilichen Maßnahmen resultierte (in 106 Fällen eigeninitiativ oder anlassunabhängig; in 136 Fällen aufgrund von Hinweisen oder Anzeigen), in 207 Fällen (43 %) wurde der Kontakt durch das Opfer initiiert (alleine und/oder in Begleitung)².

In Bezug auf **polizeiliche Aktivitäten vor Verfahrensinitiierung** wurden in 107 Fällen (22 %) die Verfahren aufgrund der Auswertung polizeilicher Sachverhalte und anderer Verfahren und/oder von Vernehmungen initiiert. In 56 Fällen (12 %) gingen Kontrollen der Polizei im Milieu voraus. Die sog. „Milieupräsenz“ der Polizei, beispielsweise durch sog. „Milieubeamte“, war in 24 Fällen (5 %) die polizeiliche Aktivität vor der Verfahrensinitiierung.³ In 193 Fällen (40 %) ging der Verfahrensinitiierung keine polizeiliche Aktivität voraus.



- Auswertung polizeilicher Sachverhalte oder Vernehmungen
- Zeugen-/Beschuldigtenvernehmungen in anderen Verfahren
- Hinweise aus anderen Verfahren
- gezielte Auswertung von Internet und Inseraten
- keine
- Kontrollen im Milieu
- Präsenz vor Ort (Milieupräsenz)
- sonstige Kontrollen

Trotz eines auch im Jahr 2011 relativ hohen Anteils von Ermittlungsverfahren auf der Grundlage von Anzeigen spielen polizeiliche Kontrollmaßnahmen nach wie vor bei der Identifizierung von Opfern und damit verbunden der Aufhellung des Dunkelfeldes eine wesentliche Rolle.

Auffallend ist der erneut sehr geringe Anteil von Ermittlungsverfahren mit vermögenssichernden Maßnahmen. Nur in zwölf Ermittlungsverfahren (2 %) wurden vermögenssichernde Maßnahmen durchgeführt.

Die im Rahmen der Menschenhandelsverfahren vorläufig gesicherte Summe an Vermögenswerten betrug rund 340.000 Euro (2010: 830.000 Euro).

² Selten genannte sonstige Gründe der Verfahrensinitiierung sind nicht aufgeführt.

³ Selten genannte sonstige Aktivitäten vor Verfahrensinitiierung sind nicht aufgeführt.

2.1.3 Opfer

Im Jahr 2011 wurden 640 Opfer des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ermittelt, knapp 5 % mehr als im Vorjahr. Es handelte sich weit überwiegend um weibliche Opfer (94 %).⁵

Nationalität der Opfer 2011 – 2010

	2011		2010	
	Anzahl	%	Anzahl	%
EUROPA	560	87,5 %	520	85,2 %
Rumänien	165	25,8 %	119	19,5 %
Deutschland	139	21,7 %	121	19,8 %
Bulgarien	98	15,3 %	115	18,9 %
Ungarn	56	8,8 %	53	8,7 %
Polen	23	3,6 %	31	5,1 %
Tschechische Republik	17	2,7 %	16	2,6 %
Türkei	14	2,2 %	16	2,6 %
Sonstige	48	7,5 %	49	8,0 %
AFRIKA	44	6,9 %	62	10,2 %
darunter Nigeria	28	4,4 %	46	7,5 %
AMERIKA	7	1,1 %	3	0,5 %
ASIEN	9	1,4 %	6	1,0 %
Unbekannt/ungeklärt	20	3,1 %	19	3,1 %
Gesamt	640	*100 %	610	*100 %

* Prozentangaben gerundet

Deutsche Opfer machten erstmals nicht den größten Anteil aus, obwohl ihre Zahl gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Den größten Opferanteil stellten rumänische Staatsangehörige.

Im Jahr 2011 stammte über die Hälfte (61 %) der Opfer aus osteuropäischen Staaten, vor allem aus Rumänien und Bulgarien. Ursächlich für diesen hohen Anteil könnten die erleichterten Einreise-, Aufenthalts- und Arbeitsbestimmungen für Staatsangehörige von EU-Mitgliedsstaaten sowie die in Rumänien und Bulgarien angespannte wirtschaftliche Lage sein.

⁵ Zu 1 % aller Opfer erfolgten keine Angaben zum Geschlecht.



Bundeskriminalamt

65173 Wiesbaden

www.bka.de